
1 **Antrag (Nr. 1): Gesundheitsreform: Chance zur Verbesserung nutzen**

2 **Antragsteller:** Kreisvorstand Rhein-Neckar

3 **Empfänger:** SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand, Bundesregierung

4 **Antrag:** Der Kreisparteitag möge beschließen:

5
6 **Die SPD Rhein-Neckar erkennt die Bemühungen der Bundesregierung an, eine**
7 **nachhaltige Reform des Gesundheitswesens anzustreben, z.B. durch**

8
9 - die Einbeziehung von Menschen ohne Versicherungsschutz in die gesetzliche
10 Krankenversicherung (GKV) und die Rückkehrmöglichkeit in die private
11 Krankenversicherung (PKV) mit einem Basistarif;

12
13 - die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit im Arzneimittelmarkt und die Möglichkeit von
14 Ausschreibungen bei Hilfsmitteln;

15
16 - den Ausbau der Prävention und die überfällige Einbeziehung der PKV in die
17 Mitfinanzierung.

18
19
20 **Kritisch ist allerdings anzumerken, dass die Zielsetzungen des Koalitionspapiers**
21 **nämlich die**

22
23 - Senkung der Lohnzusatzkosten und

24
25 - Sicherung einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung nicht erreicht werden.
26 Im Gegenteil: Die Beiträge der Krankenversicherung werden aufgrund des
27 Wegfalls der Zuschüsse aus der Tabaksteuer und aufgrund der Erhöhung der
28 Mehrwertsteuer deutlich ansteigen.

29
30
31 **Die SPD Rhein-Neckar sieht einen erheblichen Nachbesserungsbedarf:**

32
33 - Eine zukunftsfähige Finanzierung ist nur durch die Einbeziehung weiterer
34 Einkommensarten, durch einen Ausbau der Steuermittel sowie durch eine stärkere
35 Beteiligung der PKV an den gesellschaftlichen Lasten zu erreichen.

36
37 - Der neben den Beiträgen geplante Zusatzbeitrag ist eine einseitige Belastung der
38 Versicherten, besiegelt den Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung und ist mit
39 einem nicht vertretbaren bürokratischen Aufwand verbunden. Der Zusatzbeitrag
40 erhöht bei zentralisierter Beitragsfestsetzung und quasi eingeleiteter
41 Unterfinanzierung des Fonds das Risiko des Wettbewerbs um gesunde Mitglieder
42 und der Leistungsminderung.

43
44 - der ab Januar 2009 geplante Gesundheitsfonds ist nur dann sinnvoll, wenn er
45 auch die Beteiligung der PKV und die Sicherstellung der Steuerfinanzierung
46 beinhaltet, sowie einen morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich
47 gewährleistet, der im Gegensatz zum Referentenentwurf das Morbiditätsrisiko
48 tatsächlich widerspiegelt.

49
50 Wir wissen seit den Erfahrungen mit Hartz IV, wie schwierig und kostenträchtig die
51 Neuordnung öffentlicher Strukturen ist. Diesen organisatorischen Risiken stehen

52 fragliche Verbesserungen gegenüber, zumal der jetzige Beitragseinzug durch die
53 Krankenkassen problemlos funktioniert.

54 Zu dem befürchten wir, dass der Fonds den Einstieg in eine Kopfpauschale
55 erleichtert und den erwünschten Wettbewerb der Kassen um die beste Qualität
56 verhindert.

57

58 - Wir plädieren für den Erhalt der Selbstverwaltung der Krankenkassen,
59 insbesondere für den Verbleib des Beitragseinzugs bei ihnen, sowie die autonome
60 Beitragsfestsetzung. Vermieden werden sollte in jedem Fall eine Gesundheitspolitik
61 nach jeweiliger Kassenlage.

62

63 - Wichtig und unverzichtbar sind für uns Stärkung der Prävention, Bereitstellung
64 zusätzlicher Mittel für geriatrische Rehabilitation und Palliativversorgung, Ausbau
65 der Integrierten Patientenversorgung sowie die Einführung einer Kosten-Nutzen-
66 Bewertung bei Arzneimitteln.

67

68 - Nachdrücklich weisen wir darauf hin, dass Möglichkeiten der Schöpfung von
69 Wirtschaftlichkeitsreserven im Gesundheitssystem bisher noch nicht genutzt
70 wurden. Hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf, der nicht nur
71 Sparmöglichkeiten eröffnen könnte, sondern auch Effizienzgewinne durch
72 Synergieeffekte ermöglicht.

73

74

75 **Die SPD Rhein-Neckar bittet die Fraktion und den Parteivorstand, die Beratungen**
76 **des Gesetzentwurfs für dringend gebotene Verbesserungen zu nutzen.**

77

78 - Stopp der geplanten Streichung der Zuschüsse aus der Tabaksteuer (derzeit 4,2
79 Mrd. Euro zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Lasten).

80

81 - Die Mehrwertsteuer für Arzneimittel wird auf das Niveau der ermäßigten
82 Mehrwertsteuer, z.B. wie für Lebensmittel, abgesenkt.

83

84 - Streichung des unsolidarischen und bürokratischen Zusatzbetrages, den die
85 Versicherten allein aufbringen müssen.

86

87 - Ein Gesundheitsfonds – wenn überhaupt, nur, wenn die Einbeziehung weiterer
88 Einkommensarten, die Beteiligung der PKV und der Steuermittel sichergestellt sind.

89

90 - Keine Aufgabe der langfristigen, in dieser Koalition nicht realisierbaren Option
91 einer Bürgerversicherung.